

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 21.02.2008
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 13. Februar 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:33 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit** *Seite A 3*
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung Sozialausschusses am 14.11.2007 - öffentlicher Teil -** *Seite A 3*
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 14.11.2007 - öffentlicher Teil**
12/2008 *Seite A 3*
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 3*
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: konstituierende Sitzung der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH
90/2008 *Seite A 4*

- | | | |
|------------|---|----------------------|
| 6. | Bericht eines Trägers von Arbeitsgelegenheiten
15/2008 | <i>Seiten A 4 ff</i> |
| 7. | Bericht der Behindertenbeauftragten
28/2008 | <i>Seiten A 6 f</i> |
| 8. | Erster Zielvereinbarungsvertrag in Bergisch Gladbach
26/2008 | <i>Seite A 7</i> |
| 9. | Besetzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene
45/2008 | <i>Seite A 7</i> |
| 10. | Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2006
- Wohnungsbauprogramm 2007
666/2007 | <i>Seite A 8</i> |
| 11. | Unterkünfte - Konzept 2008 ff
388/2007 | <i>Seiten A 8 f</i> |
| 12. | Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil | <i>Seiten A 9 f</i> |
-

- | | | |
|-----------|---|---------------------|
| B | <u>Nichtöffentlicher Teil</u> | <i>Seiten B 1 f</i> |
| 1. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 14.11.2007 - nichtöffentlicher Teil - | |
| 2. | Mitteilungen der Vorsitzenden | |
| 3. | Mitteilungen des Bürgermeisters | |
| 4. | Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil | |

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 13. Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, dass Herr Dr. Bernhauser entschuldigt (CDU-Fraktion) ist und von Herrn Dr. Kassner vertreten wird.

Weiterhin vertritt Herr Gerhards (FDP-Fraktion) Frau Vollmer, und Frau Alef (Fraktion KIDinitiative) vertritt Frau Potthoff.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 14.11.2007 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 14.11.2007 - öffentlicher Teil

@->

Frau Schöttler-Fuchs hält den Wunsch des Netzwerks Wohnungsnot nach der Einrichtung weiterer Wohnungen für sinnvoll und bedauert daher die Aussage des Kreises, dass der Landschaftsverband keine weiteren Kapazitäten finanzieren kann (→ s. TOP A 7/Seiten A 6 ff der Niederschrift über die Sitzung am 14.11.2007).

Die angekündigten Sondierungsgespräche zu Defiziten der pharmazeutischen und medizinischen Versorgung fanden noch nicht statt. Durch den Arbeitskreis „Armut“ wurde in Bensberg ein Optiker gefunden, der zehn bedürftigen Menschen vernünftige Brillen zur Verfügung stellen würde. Die Verwaltung sagt die entsprechende Vermittlung zu.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Die Vorsitzende teilt mit, dass nach Rücksprache mit der Verwaltung die Sitzung am 09.04.2008 entfällt. Es stünden nicht genügend Tagesordnungspunkte an.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: konstituierende Sitzung der Gesellschafterversammlung der GL Service
gGmbH

@->

Ergänzend weist Herr Hastrich darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung die GL Service gGmbH als Träger der Jugendhilfe anerkannt hat. Zusätzlich verweist Herr Hastrich auf die als Tischvorlage verteilte Broschüre „Wohnen im Alter 2008“ des Seniorenbüros.

<-@

6 **Bericht eines Trägers von Arbeitsgelegenheiten**

@->

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Erdweg und Herrn Fonck der „Kette e. V.“ und bedankt sich für ihr Kommen.

Frau Erdweg bedankt sich für die Einladung und trägt auf der Grundlage einer Powerpoint-Präsentation vor. *(Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.)*

Unter Beifall des Ausschusses bedankt sich Frau Schöttler-Fuchs für den Vortrag.

Auf Anfrage Herrn Möllers (Seniorenbeirat) erklärt Frau Erdweg, die sechsmonatigen Arbeitsgelegenheiten können um bis zu weitere sechs Monate verlängert werden. In seltenen Ausnahmen und nach Gesprächen mit dem Fallmanager ist eine weitere Verlängerung möglich. Den Kürzungsbetrag in Höhe von 350.000 € könne sie leider nicht Fallzahlen umrechnen, weil ihr dazu die Berechnungsgrundlagen fehlen.

Frau Erdweg berichtet auf Anfrage Herrn Schnörings (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), natürlich arbeite die „Kette e. V.“ mit anderen Trägern zusammen. Sie wünsche sich eine enge Kooperation mit allen Trägern von Arbeitsgelegenheiten und allen Anbietern. Nicht alle Träger müssen bezüglich der Qualifizierung das Gleiche anbieten. Die K – A – S gebe im Rahmenvertrag einen Qualifizierungsanteil von 20 % vor. Die Qualifizierung finde im Wesentlichen in den Einsatzstellen statt. Die „Kette e. V.“ organisiere einen weitergehenden Qualifizierungsbedarf (z. B. Deutsch- oder EDV-Kurse) selbst und mache die Kosten bei der K – A – S – allerdings meist vergeblich – geltend.

Zur Frage Frau Münzers (CDU-Fraktion) erklärt Frau Erdweg, Personen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, würden wieder arbeitslos, was für die Betroffenen schrecklich sei. Herr Fonck ergänzt, die Chancen einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt würden steigen, je länger der Teilnehmer in der Arbeitsgelegenheit verbleibe. Wegen ihrer geringen Stabilität würden die meisten Teilnehmer schon relativ früh ausscheiden. Nicht alle Problemlagen können aufgegriffen werden. Frau Erdweg ergänzt, es würden nur Einzelfälle vermittelt. Nach einer bundesweiten Untersuchung würden 10 % vermittelt. Sie halte die Vermittlungsquote für das falsche Erfolgskriterium. Der Weg in eine Arbeit sei lang; es müssten Anschlussmaßnahmen konzipiert werden. Jeder Teilnehmer fange bei einer neuen Arbeitsgelegenheit wieder bei Null an. Auch ein richtiges Fallmanagement sei sinnvoll.

Frau Bendig (CDU-Fraktion) erinnert an Frau Erdwegs Ausführungen, Arbeitslosigkeit sei kein monolithischer Block. Eigenschaften wie Pünktlichkeit, Fleiß oder

Einsatzbereitschaft seien für die Anwesenden selbstverständlich. Insofern sieht sie bei den Teilnehmern an Arbeitsgelegenheiten große Defizite. Bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund würden auch fehlende Sprachkenntnisse eine Rolle spielen.

Frau Erdweg berichtet, zur Klientel der „Kette e. V.“ gehöre ein hoher Anteil von Menschen ohne Berufsausbildung. Zur „Kette e. V.“ kämen Menschen aus Armutsfamilien bzw. mit einer Armutskarriere. Zu den von Frau Bendig angesprochenen Schlüsselkriterien verweist sie darauf, es sei schwer vorstellbar, morgens aufzustehen, ohne Ziele und Anforderungen zu haben („Arbeitslosigkeit als bleierne Zeit“). Gleichzeitig bemesse die Gesellschaft Arbeit als einen sehr hohen Wert. Sie könne verstehen, dass Menschen nach jahrelanger Arbeitslosigkeit solche Ziele verlernen. Herr Fonck ergänzt, die Teilnehmer der „Kette e. V.“ kämen aus sehr unterschiedlichen Bereichen. Zur Langzeitarbeitslosigkeit käme oft noch ein weiteres Vermittlungshemmnis, z. B. als allein erziehendes Elternteil oder ein Alter über 50.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, seit Einführung der Arbeitsgelegenheiten habe sie etwa 20 Personen aus allen Bevölkerungsschichten in solchen Gelegenheiten betreut. Ihr sei aufgefallen, dass viele der Betreuten gesundheitliche Schäden aufweisen. Viele hätten nur ein geringes Selbstbewusstsein. Wenn sie die Maßnahme durchhalten, würden sie die Einrichtung in ihrer Persönlichkeit gestärkt verlassen, hätten aber Angst davor, nicht weitervermittelt zu werden. Frau Schöttler-Fuchs spricht sich gegen eine Abschaffung der sozialpädagogischen Begleitungen aus.

Ihre Fragen beantwortet Frau Erdweg dahingehend, in „Job perspektiv“ würden arbeitsmarktferne Personen aufgenommen, die voraussichtlich in den nächsten zwölf Monaten nicht vermittlungsfähig sind. Vor Beginn von „Job perspektiv“ oder dem Bundeskombilohn müssen sie sechs Monate an einer Fördermaßnahme der Agentur teilgenommen haben.

Die Einsatzstellen sind im ersten Durchlauf in gemeinnützigen Einrichtungen. Anreize für die Übernahme in die Wirtschaft sollen geschaffen werden. Die Förderhöchstgrenze beträgt 75 % Arbeitgeber-Brutto. Die Einsatzstelle müsse entweder 25 % beisteuern oder die Teilnehmer müssten diese 25 % selber erwirtschaften. Dies halte sie für äußerst schwierig. Die Ausgestaltung der K – A – S bleibe abzuwarten.

Wünschenswert für ihre Klientel seien gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe. Die Ausgrenzung von Arbeitslosen müsse ein Ende haben. Wünschenswert sei auch eine Förderung von Jugendlichen. Die Förderung bei psychischen Erkrankungen sei gerade ausgelaufen. Die beruflichen Karrieren junger Menschen ohne Ausbildung seien absehbar.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, inwieweit durch kommunale Politik dieses Problem gelöst werden soll. Frau Erdweg bittet um Unterstützung der Forderung aller Wohlfahrtsverbände nach Beibehalt der sozialpädagogischen Begleitung.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich bei Frau Erdweg und Herrn Fonck.

Herr Dr. Kassner ist der Auffassung, der kommunale Bereich könne an den dargestellten Problemen nichts ändern. Selbst wenn das nicht so wäre, sind die finanziellen Spielräume beschränkt. Daher habe er nach den politischen Möglichkeiten über die Informationsbeschaffung hinaus gefragt.

Herr Schnöring weist auf Änderungen bei der K – A – S aufgrund des Urteiles hin. Er gehe von einem Optionsmodell aus und könne sich andere Möglichkeiten kommunaler Einflussnahme vorstellen.

Herr Galley (SPD-Fraktion) hält den Vortrag schon wegen des Einblicks in die Lebensweise der Betroffenen für wertvoll. Es gebe schon jetzt auf kommunaler Ebene Aktivitäten, Langzeitarbeitslosen zu helfen. Ein Beispiel seien die für den Löwenpass bereitgestellten Mittel.

Von den Mitteln aus dem ALG II seien kulturelle Aktivitäten nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Eine Teilhabe auf diesem Gebiet sei sehr wichtig.

Es sei ihm bewusst, dass eine Grundlegende Änderung nicht möglich sei. Solche Vorträge würden aber den Blick für die Möglichkeiten schärfen, auf Andere Einfluss zu nehmen, die mehr bewegen können als dieser Ausschuss.

Herr Mumdey weist darauf hin, der Bürgermeister und er seien Anhänger des Optionsmodells. Er berichtet über Informationen des Landrates darüber, welche Möglichkeiten das genannte Urteil bietet. Durch das bekannte Urteil sei die Option schwieriger geworden. Verfassungsrechtlich beanstandet wurde die gemeinsame Aufgabewahrnehmung durch Bundeseinrichtungen und Kommunen. Eine von zwei Möglichkeiten wäre die Wahrnehmung der Aufgabe durch den Bund (Bundesagentur). Der Bund könne diese Aufgabe nicht auf die Kommunen delegieren, d. h., die andere Möglichkeit wäre eine Delegation vom Bund auf die Länder, die diese Aufgabe den Kommunen übertragen könne. Problematisch in diesem Fall ist die Finanzverantwortung.

Das Urteil gebe eine Lösung bis 2010 vor. Würde eine Lösung nicht schon dieses Jahr gefunden, würde eine Lösung entweder durch den Bundestagswahlkampf beeinträchtigt oder Problem der nächsten Bundesregierung.

Er bedaure das Urteil insofern, als der Versuch, die gemeinsame Arbeit der K – A – S in eine vernünftige Bahn zu lenken, eher zurückgeworfen als gefördert wurde.

<-@

7 Bericht der Behindertenbeauftragten

@->

Frau Allelein trägt den Bericht der Behindertenbeauftragten vor. Dieser Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag Frau Alleleins. Viele Erfolge in Bergisch Gladbach wurden durch die kontinuierliche fachkompetente Arbeit der Behindertenbeauftragten und die Arbeit des Beirates erreicht.

Herr Schnöring äußert sein Unverständnis darüber, dass nicht auch am Rathaus in Bergisch Gladbach ein fristwahrender Briefkasten installiert werden kann.

Frau Allelein verweist darauf, dass fristwahrende Briefkästen relativ teuer seien. Häufig sei über eine barrierefreie Gestaltung des Rathauses Bergisch Gladbach nachgedacht worden. Der barrierefreie fristwahrende Briefkasten in Bensberg habe sich aber als ausreichend herausgestellt. Dieser Briefkasten sei an der unteren Ecke des Grünflächenamtes angebracht, sodass kein Behinderter den Berg hinauf müsse.

Auf Anfrage Herrn Bierganns' (BfBB-Fraktion) erklärt Frau Allelein, Blinde gingen in der Regel mit einer Vertrauensperson zum Arzt. Eine Kostenübernahme sei auch deshalb nicht vorgesehen, weil das Blindengeld alle zusätzlichen Kosten abdecken soll. Vergleichbares gelte für hörbehinderte Menschen.

Frau Allelein führt auf Anfrage von Frau Alef aus, dass nur kreisangehörige Gemeinden miteinander vergleichbar seien. Kreise und kreisfreie Städte hätten ganz andere

Aufgabengebiete. Die Standards, mit der Städte begonnen barrierefrei zu werden, seien unterschiedlich. Grundsätzlich machbar sei es, die Kosten der einzelnen Maßnahmen in Bergisch Gladbach aufzulisten; dies führe aber zu erheblichem Aufwand.

Herr Lauten (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen) hebt hervor, dass der Behindertensport an den Schulen eingestellt werden muss. Die Reinlichkeit an den Schulen sei so zurückgegangen, dass keine Bespielung der Böden mehr möglich ist. Er bittet um Unterstützung aus dem Kreis des Sozialausschusses bei der Abhilfe dieses Zustandes.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, von den dreckigen Schulhallen seien alle Kinder betroffen. Sie spricht sich dafür aus, dieses Anliegen mit in die Fraktionen zu nehmen. Frau Schöttler-Fuchs erinnert an Frau Alleleins Ausführungen zu integrativen Gruppen in Kindergärten und fragt nach, ob es einen Jugendtreff für behinderte Jugendliche gibt. In Köln gebe es ein Mal monatlich in einem Jugendzentrum eine Disco oder ein Treffen o. ä. für behinderte Jugendliche. Sie fragt, ob in diesem Bereich ein integratives Modell vorstellbar ist.

Frau Allelein hält ein integratives Modell für wünschenswert. Auf Stadtebene gebe es so etwas im Jugendbereich nicht. Einzelne Pfarreien würden für geistig Behinderte Jugendtreffs anbieten. Dabei handele es sich aber inzwischen um geschlossene Gruppen, in die die jüngeren Behinderten nicht kommen. Daher gebe es ein großes Defizit für Kinder mit Behinderungen, die Freizeitmöglichkeiten suchen. Hinzu komme, dass der Behindertensport wegfällt.

<-@

8 Erster Zielvereinbarungsvertrag in Bergisch Gladbach

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die vorangegangenen Beratungen im Hauptausschuss und im Rat.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

9 Besetzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene

@->

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, dass den Sitz im Beirat für Menschen mit Behinderung auf Kreisebene für die Stadt Bergisch Gladbach der jeweilige Vorsitzende des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und im Falle seiner Verhinderung dessen Stellvertreter/in im Amt wahrnimmt.

<-@

10 Wohnungssituation in Bergisch Gladbach - Jahresbericht 2006 - Wohnungsbauprogramm 2007

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die Beratung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss und bedauert die gewählte Beratungsfolge.

Herr Dr. Kassner verweist darauf, die Aufgabengruppe, die sich mit der Wohnungswirtschaft beschäftigt, habe einen finanziellen und einen sozialen Aspekt. Da es sich um das alte Wohnungsamt handelt, könne er sich eine Zuständigkeit des Sozialausschusses vorstellen. Bei finanziellen Auswirkungen erfolge eine Beratung im Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

Frau Münzer erklärt, dem Bericht gemäß sei die Wohnungssituation für bestimmte sozial schwache Menschen nicht sehr rosig. Sie regt auch im Hinblick auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt an, z. B. die RBS zu veranlassen, bestimmte Liegenschaften in Bergisch Gladbach zu erwerben, um sie zu erschwinglichen Mietpreisen wohnungssuchenden Bedürftigen zur Verfügung zu stellen.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, ob bei den besonderen Personenkreisen/Wohnungsproblemen (S. 41 der Einladung) neben den Seniorenwohnungen auch Wohnungen für Behinderte zu berücksichtigen sind.

Herr Lauten schließt sich dieser Ausführung an. Es gebe immer mehr junge Behinderte, die in Altenwohnungen schlecht zu integrieren sind. Manchen jungen Behinderten wurden in der Vergangenheit in Köln, um sie einigermaßen adäquat unterbringen zu können, Wohnungen in Altenheimen angeboten. Dies sei ein unhaltbarer Zustand und müsse geändert werden.

Herr Möller findet es beunruhigend, dass die Zahl der wohnungssuchenden Senioren weiter ansteigt. Diese Tendenz werde wahrscheinlich anhalten. Er möchte wissen, wann das Wohnungsbauförderungsprogramm 2008 ungefähr kommen würde und welche Inhalte dies haben könnte.

Herr Hastrich bedauert, keine aktuellen Informationen zur Verfügung stellen zu können, weil dieser Bericht von einer Dienststelle erstellt wird, die nicht in seinem Fachbereich sondern beim Kreis angesiedelt ist.

Bei der Wohnraumförderung handele es sich um die Wohnungsbauförderung, die durch Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis auf den Kreis übertragen wurde. Davon getrennt sind die Wohnungsvermittlung und die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen. Diese Aufgaben werden von der Stadtverwaltung (Fachbereich 2) wahrgenommen.

<-@

11 Unterkünfte - Konzept 2008 ff

@->

Frau Münzer verweist auf Seite 55 der Einladung, in der die aufzugebenden Unterkünfte genannt werden. Sie schlägt vor zu prüfen, ob z. B. die Unterkünfte in der Scheidtbachstraße an die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft übertragen werden können, damit diese die Wohnungen für sozial Schwache ausbaut. Die Unterkünfte würden sehr günstig und zentral liegen (→ Infrastruktur, Erreichbarkeit).

Herr Mumdey verweist auf das derzeit sehr umfangreiche Engagement der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft in Bergisch Gladbach. Teilweise ist altengerechtes

Wohnen vorgesehen. Weitere Investitionen durch die RBS seien momentan unrealistisch.

Herr Hastrich ergänzt, dass das von Frau Münzer angesprochene Engagement nicht unbedingt an die RBS geknüpft sein muss.

Frau Alef möchte wissen, ob im Rahmen der Grundstücksverhandlungen die Errichtung sozialen Wohnungsbaus vereinbart werden könne und welche Einflussmöglichkeit der Sozialausschuss in dieser Frage habe.

Herr Dr. Kassner hält es für überlegenswert, z. B. das Grundstück am Pannenberg für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Ursprünglich sei dort ein Kinderhaus geplant gewesen. Entscheidend sei, dass zu hohe Kosten Mieten im sozialen Wohnungsbau ausschließen.

Herr Hastrich weist daraufhin, dass es um Grundstücke gehe, die bisher schon sozialen Zwecken dienen und zu prüfen ist, ob und ggf, wie diese für eine entsprechende Nutzung weiter zur Verfügung gestellt werden können. Hierzu besteht im Ausschuss Einvernehmen und die Verwaltung wird gebeten, entsprechend zu verfahren.

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

<-@

@->

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagenen Maßnahmen für die notwendige Bereithaltung von Unterkünften für die durch die Stadt unterzubringenden Personengruppen umzusetzen.

<-@

12 Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil

@->

Herr Schnöring

Ich habe eher eine Anregung als eine Anfrage:

Meines Wissens haben wir im Jugendhilfeausschuss beschlossen, pro Sitzung nur einen Bericht zu hören. Bei zwei Berichten hintereinander habe ich Konzentrations-schwierigkeiten. Das sei auch für die Ersteller der Berichte unbefriedigend.

Frau Schöttler-Fuchs sagt zu, zukünftig darauf zu achten.

Herr Bierganns

Ich komme auf meine Anregung zurück, die ich im Zusammenhang mit dem Integrationsbeirat wegen der Nutzung einer Sportstätte gestellt habe. Damit hat sich zwischenzeitlich auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN befasst. Von der Stadt habe ich eine Aufstellung der Sportplätze in Bergisch Gladbach bekommen. Diese sind häufig besetzt. Die Bolzplätze sind wahrscheinlich für die angemeldeten Bedürfnisse (Fußballspielen) zu klein. In Hand steht gar kein Platz zur Verfügung.

Herr Hastrich erinnert daran, der Integrationsbeirat befasse sich derzeit damit, einen Vorschlag zu diesem Thema abzustimmen.

(Dieser Niederschrift ist ein Auszug aus der Sitzung des Integrationsbeirates am

23.01.2008 beigelegt.)

Herr Möller

Wir haben heute dankenswerterweise eine Broschüre „Wohnen im Alter“ bekommen. Dort vermisste ich das Thema „Mehrgenerationenhaus“. Meines Wissens gibt es Überlegungen in der Stadt, vom herkömmlichen Altenheim in Richtung Mehrgenerationenhaus abkommen will. Ein Träger (Evangelische Kirchengemeinde) hat schon eine Genehmigung für das Mehrgenerationenhaus. Ist es möglich, in der nächsten Sitzung über dieses Thema nähere Auskünfte zu bekommen?

Dazu erklärt Herr Hastrich, das Mehrgenerationenhaus erscheine deshalb nicht in der Broschüre, weil es sich nicht um eine Einrichtung zum Wohnen handelt, obwohl der Begriff eine solche Verbindung hervorruft. Das Bundesförderprogramm stelle darauf ab, dass in diesem Haus Angebote für mehrere Generationen im Sinne von Dienstleistungen miteinander verknüpft werden. Genau dies mache auch die Evangelische Kirchengemeinde. Über die Bewilligung habe er in der letzten oder vorletzten Sitzung berichtet. Die Absicht war, den Träger einzuladen, sobald dieses Projekt umfangreich angelaufen ist. Er halte es für sinnvoll, die Sitzung nach der Sommerpause dafür zu nutzen.

Frau Schu

1. Hat die Auflösung der Versorgungsämter Auswirkungen auf Bergisch Gladbach?

Dazu erklärt Herr Hastrich, die Aufgaben der Versorgungsämter seien teilweise auf den Landschaftsverband und teilweise auf die Kreise und kreisfreien Städte übergegangen. Die auf die Kreise übertragenen Aufgaben werden jetzt in Bergisch Gladbach im Kreishaus Gronau angeboten.

2. In einem Zeitungsbericht habe ich heute über die Zusammenlegung im Bereich der Feuerwehr gelesen. Was hat es damit auf sich?

Herr Mumdey erklärt, es gehe um die Leitstellen. Dies sei Angelegenheit des Kreises. Im Gespräch sei, wie an anderer Stelle bereits geschehen, mehrere Leitstellen zu einer Großleitstelle zusammenzufassen. Die Frage sei, wer dabei miteinander kooperiere.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.29 Uhr. <-@